

Sächsische Volkszeitung

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
Wochenpreis: 1 Mk. 50 Pf., ohne Beleggeld. Bei
außerordentlichen Vorkäufen ist Preisnachlass. Einzelnummer 10 Pf.
Redaktions-Exemplare: 11-12 Uhr.

Unabhängiges Cagblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden bei der Redaktion des Blattes
15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.
Buchdruckerei, Redaktion und Verlagsstelle: Dresden,
Blumenstraße 44. — Verleger: Hans J. W. 1905.

Für den Monat

März

abonniert man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Freitabend“ zum Preise von **50 Pfg. (ohne Beleggeld)** durch den Boten ins Haus **60 Pfg.**

Die Bedeutung des Toleranzantrages für Sachsen.

Man schreibt uns:

Nachdem vorigen Dienstag die zweite Beratung dieses Antrages einer 28 gliedrigen Kommission überwiesen, ist wohl die Hoffnung begründet, daß derselbe seinem wesentlichen Inhalte nach vom Reichstage schließlich angenommen wird. Wie notwendig es ist, daß dieser Antrag Gesetzeskraft erlange, wenn in Deutschland lebendiges und positives Christentum erhalten und gefördert werden soll als Gegengewicht gegen die aufstrebenden und zerstörenden Tendenzen der immer mächtiger werdenden, unbeschränkt freien protestantischen und sozialdemokratischen Weltanschauung, das lehrt recht deutlich der Inhalt und die Prüfung einer in mehreren Nummern der „Wartburg“ fortgesetzten Betrachtung, welche Bezug nimmt auf die Uebertrittsbewegung im Königreich Sachsen. Ueberaus treffend zeigt diese, wie auch eine kurze Kritik derselben in Nr. 8 des „N. S. Kirchenbl.“, den Wahn und den inneren Widerspruch, dem man sich in protestantischen Kreisen hingibt, und just gerade zur rechten Zeit hat der Verfasser jener Artikel in der „Wartburg“, auf welche übrigens schon in den Nummern 24 und 41 der „Sächs. Volksztg.“ hingewiesen wurde, bewiesen und, wenn auch unbeabsichtigt, durch seine vielen Phrasen deutlich dargestellt, daß die ihm so hoffnungsvoll erscheinende Uebertrittsbewegung eben nur durch die ungerechte Gesetzgebung und Behandlung der katholischen Angelegenheiten einen tatsächlich beachtenswerten Umfang angenommen hat.

Petrachten wir, nach dem Muster jenes Artikelschreibers, zuerst die eigentlichen tieferliegenden Gründe, um dann auf die den letzten Anstoß gebenden Ursachen zu kommen.

Wie bekannt, ist durch das Freizügigkeitsgesetz die in Sachsen immer mehr sich entwickelnde Industrie dazu veranlaßt worden, massenhaft Arbeitskräfte aus katholischen Ländern heranzuziehen, weil sie meist anspruchsloser sind und darum billiger arbeiten, als die heimischen; hauptsächlich dadurch ist in den letzten 30 Jahren die Katholikenzahl um zirka 400 Prozent gewachsen, während die Einwohnerzahl Sachsens um nur circa 80 Prozent größer geworden ist. Daß diese Leute, welche zum größeren Teil aus kleineren Städten und vom Lande kommen, in Sachsen aber nach den großen Industrieorten strömen, da sie eine höhere Kultur und bessere Verhältnisse bemerken, als daheim, ist selbstverständlich und daß es darunter viele gibt, welche, da sie schon meist jahrelang einen schweren Kampf ums Dasein geführt, in ihrer katholischen religiösen Ueberzeugung nicht mehr fest sind, ist auch natürlich. Darum sagt auch Pfarrer W. in seiner Wartburg-Betrachtung: „Die religiöse Erkenntnis derer, die zu uns kommen, ist meist sehr gering“; ja, vorher sagt er schon: „Die Urteilsfähigkeit, das religiöse Wahrheitsgefühl selbst bei gebildeten Katholiken ist oft so gering, daß die Frage nach Wahrheit und Aertum in den Hintergrund gedrängt ist“ (wir raten, zu beobachten, ob bei dem weitaus größten Teil der gebildeten Protestanten Sachsens sich die Sache besser verhält). Das hindert jenen Verfasser aber nicht, vorher zu erklären: „Die katholische Kirche ist selber schuld, wenn sie so viele ihrer wertvollsten Glieder durch das Joch, das sie ihnen anferlet, verliert“ und „die evangelische Kultur des Landes und Volkes wirkt evangelisierend auf die Befenner des römischen Glaubens, die in ihren Pannkreis kommen“.

Daß solche vorher geschilderte Leute die günstigeren Umstände, die sie vorfinden, leicht auf Rechnung des Protestantismus setzen, ist erklärlich, sie fragen daher nicht und prüfen nicht, wo ist der Wille Gottes wahrhaft niedergelegt: in der katholischen Kirche oder im Protestantismus? sondern sie lassen sich einfach von ihren materiellen Interessen leiten und, wenn es für diese günstig erscheint, werden sie eben protestantisch. Welche Selbsttäuschung ist es daher, wenn Pfarrer W. ausruft: „Wir freuen uns, daß ohne unser Zutun Tausende den Weg zu uns gefunden haben, Tausende zur Erkenntnis der Wahrheit kommen —“; wir erblicken darin einen Beweis, daß auf die Dauer niemand, der mit dem Evangelium in Berührung kommt, der Wahrheit widerstehen kann und daß es der Wille unseres Vaters ist, uns das Reich zu geben!“

Daß der Protestantismus noch immer die Wahrheit sucht, während die katholische Kirche längst die Wahrheit hat, verweigert der Verfasser dieser Phrasen natürlich

ganz; man sollte doch meinen, erst Vorgänge der jüngsten Zeit hätten wieder deutlich bewiesen, wie einander entgegengelehrt auch innerhalb der protestantischen Theologen die Ansichten darüber sind, was eigentlich im Christentum Wahrheit ist, was nicht. Nun sagt oben Pfarrer W., daß „auf die Dauer niemand, der mit dem Evangelium in Berührung kommt, der Wahrheit widerstehen kann“ und damit kommen wir auf den zweiten tiefer liegenden Grund der Uebertritte.

Offenlich wird man doch zugestehen, daß in der katholischen Kirche das Evangelium auch noch vorhanden ist und verkündigt wird, der Verfasser dieser Betrachtung hat es wenigstens in den katholischen Kirchen verschiedener Städte mindestens ebenso vorkommen und geistvoll auslegen hören, als er das in protestantischen Kirchen mehr oder weniger gehört hat. Außerdem werden in den katholischen Kirchen die Lehren des Evangeliums dem einzelnen, angepaßt seinen persönlichen Verhältnissen, im Reichthum eingeschärft, wenn es nur in genügender Weise die intoleranten gesetzlichen Bestimmungen in Sachsen zulassen. Ja, die Folge dieser viel zu geringen Anzahl von Seelsorgern ist es, welche dem Protestantismus Tausende überliefert; deshalb, scheint es, stemmt man sich auch ganz besonders in Sachsen gegen die „Freiheit der Religionsübung“, wie sie im Toleranzantrag niedergelegt ist und welche die protestantische Landeskirche eben nur für sich behalten möchte.

Die Verwendung von so viel Zeit und Mühe auf die Predigtvorbereitung, die Vermählung von Haus zu Haus, von Perion zu Perion, wie es den protestantischen Geistlichen möglich ist, können die katholischen Geistlichen, bei der Ueberbürdung in der Seelsorge, absolut nicht entfremdet ausführen. Das ist, nebenbei gesagt, auch der Grund, warum diese nicht literarisch tätig sein können; aber nicht, wie gerade Pfarrer W. früher einmal verkündete, die geringere wissenschaftliche Bildung. In Sachsen kommt jetzt auf nahezu 4000 Katholiken ein Geistlicher, denn die Hof- und Militärgeistlichkeit kann nicht in Rechnung gezogen werden. Wenn man die riesigen Pfarrbezirke in Betracht zieht, welche sich zum Teil weitenweit im Umkreise ausdehnen, durch deren Postierung viel Zeit verloren geht, ferner die Art der katholischen Seelsorge im Reichthum, bei der Erteilung der Sterbesakramente usw., die ebenfalls mehr Zeit und Mühe in Anspruch nimmt, als bei den Protestanten, der wird erkennen, daß gar manche Kreise der katholischen Bevölkerung sich vernachlässigt fühlen und, wenn sie nicht selbst immer wieder Verbindung finden, schließlich im irdischen Leben erkalten. Wären die geistlichen Behörden in Sachsen nicht durch das staatliche Ueberwachungsrecht die Hände gebunden, so würden sie eben nach Bedarf Seelsorgekräfte heranziehen, Gottesdienste einrichten, Kirchen und Schulen bauen, so weit es nur die materiellen Mittel zulassen, und dann würden die Protestanten bald erwacht werden, daß die katholische Kirche keine „Erkennung der Vergangenheit“, kein „Anachronismus“ ist, daß jeder, der ihr angehört, auch unter dem Trud des Daseins festen Halt fürs Leben und vor allem in unerer Wahrhaftigkeit finden wird, wenn er nur will, was nach der Meinung des Artikels in der „Wartburg“ nur der „evangelische Gottesdienst“ bietet. Zur Widerlegung dessen, was hier weiter über den Unterschied zwischen der Bildung und Kultur protestantischer und katholischer Völker sagt, sei auf meinen diesbezüglichen Artikel in Nr. 32 dieses Blattes hingewiesen.

Sehen wir uns nun einmal die näheren Ursachen an, welche der größten Mehrzahl den letzten Anstoß zum Uebertritt geben. Daß dahin vor allem die, eben auch durch die ungerechten, für die katholischen Interessen unangünstigen Steuererlässe veranlaßte Erhöhung der persönlich zu leistenden Schul- und Kirchensteuern gehören, gibt auch Pfarrer W. vollkommen zu, weiter aber gehört dahin, daß jetzt pro Jahr gegen 3000 kathol. Kinder in Sachsen wegen Mangel kathol. Religionsunterrichts behördlich gezwungen sind, den protestantischen mit zu besuchen, von diesen ungefähr 1200 über das zwölfte Lebensjahr hinaus sind, und diese letzteren werden dann ohne weiteres konfirmiert und geistlich der protestantischen Landeskirche zugerechnet. Die Kinder sind größtenteils von katholischen Eltern, welche in Orten beschäftigt sind und wohnen, in denen nie, eben wegen Mangel an geistlich zugelassenen Geistlichen usw., oder höchstens pro Jahr zwei- bis viermal in überfüllten ungemündeten Räume katholischer Gottesdienst stattfindet. Ist es da nicht natürlich, daß die Eltern, beeinflusst von den heranwachsenden Kindern, schließlich ihren Bekenntnis und dessen Pflichten absterben und zum Uebertritt durch ein solches Staatsgesetz geradezu präpariert werden?

Und nun bedenke man, um wie viel leichter es ist, als Protestant, als wie als Katholik zu leben! Den Protestanten ist alles vollständig freigestellt, sie gehen, wenn sie „sich einmal erbauen wollen“, ab und zu in die Kirche und zum Abendmahl, da gibt es keine persönliche Weichte, kein Fastengebot usw., sie können Sonntags ganz nach Wunsch sich voller Peinlichkeit überlassen usw., ja, wie Melancthon seiner alten Mutter sagte: „protestantisch ist gut leben, katholisch ist gut sterben“; an letzteres denken aber nur wenige. Und angesichts solcher Umstände ruft man den Protestanten mit Pathos zu: „Die Bewegung ist nicht gemacht, sie ist geworden.“ — Sorgen wir uns nicht, das Evangelium wirkt durch sich selbst und überwindet alle Hemmnisse. Der römische Katholizismus ist eine dem Niedergange geweihte Welt, aber dem Evangelium gehört die Zukunft und der Sieg!“

Dem letzten Satze stimmen wir vollkommen bei, und dabei mitzuwirken ist jedes katholischen Mannes heilige Pflicht; daß dies aber nicht im Protestantismus geschehen kann, in welchem man in immer größerem Umfange das, wodurch sich das Christentum von anderen Religionen unterscheidet, über Bord wirft, wird mit der Zeit jedem denkenden und gläubigen Christen klarer werden; darum heißt es aber nicht bloß, still seine religiösen Pflichten erfüllen, sondern jeder katholische Mann muß mit teilnehmen am öffentlichen Leben, und dabei werden wir in einem künftigen Artikel die Notwendigkeit des politischen in Verbindung mit dem religiösen Katholizismus betrachten. Im Vorstehenden sollte nur gezeigt werden, wie notwendig gerade in Sachsen zur Herbeiführung gerechter Zustände auf konfessionellem Gebiete die Bestimmungen des Toleranzantrages gebraucht werden.

Deutscher Reichstag.

o. Berlin, 148. Sitzung am 21. Februar 1905.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Pat. etate; zunächst die Umarmungsfrage. Die Kommission beantragt Erziehung, Staatssekretär Kräfte; es handelt sich nur um eine Unterstützungsfrage, nicht um eine politische. — Abgeordneter v. Gersdorff (kon.): Im Interesse der Beamten sollten die Summen bewilligt werden. — Für die Umarmungsfrage sprechen Berner (kon.), Dr. Arenz (Opp.), Graf Triola (nat.), Freiherr von Rüdiger (kon.), gegen die Zulage Singer (kon.), Morfanti (kon.), Dr. Müller-Sagan (nat.), v. Gerlach (nat.), Dr. Weller (kon.). Der Etat fordert eine Konzession; in den Erläuterungen aber heißt, daß es sich um eine Umarmungsfrage handelt. Meine politischen Freunde stimmen gegen diese Zulage. Der Kommissionsantrag wird angenommen. — Bei den einmaligen Ausgaben erweist eine Debatte beim Verhandeln eines Begehrens in Sachen, im Wortlaut (nat.) den Antrag eines anderen Begehrens wieder. Für den Hauptzweck der Verbesserung sprechen Staatssekretär Kräfte, Dr. Spahn (kon.), Gieseler (Opp.), Dr. Singer (kon.). Ich wünsche nachmalige Beratung in der Budgetkommission. Dießem Antrag wird entsprochen.

Es folgt die Beratung des außerordentlichen Etats für Telephonnetze. — Abg. Gersdorff (kon.) berichtet den Antrag, die Benutzung der Fernprobenstationen unter den einzelnen Ortsteilern innerhalb des Reichsgebietes sowie mit den Fernprobenstationen Bayerns und Württembergs in weitest möglicher Ausdehnung zu ermöglichen. In Württemberg und Bayern sind zwischen beiden Staaten bereits sechs Fernprobenstationen im Reichsgebiet, wo nur drei Umstellungen erforderlich sind; diese Umstellung des Reichsgebietes ist hinderlich, weil Freizügigkeit ist auch im Reichsgebiet nötig, damit die von mir gute Geschäfte mache, da es sich um Gespräche mit erhöhten Taxen handelt. (Beifall.) — Staatssekretär Kräfte sagt (Opp.) gegenkommen zu. — Die Resolution wurde hierauf angenommen. Die Budgetkommission beantragt die Erhöhung der Einnahmen um 10 Millionen Mark. Staatssekretär Kräfte und Freiherr v. Stengel äußern Bedenken gegen diese Erhöhung, da es sich nur um Zuschüsse handelt. Nach kurzer Vermittlung durch mehrere Abgeordnete, darunter Dr. Spahn (kon.), wird der Antrag der Kommission angenommen. — Zum Etat der Reichsbankerei bemerkt Gersdorff (kon.), daß dort beschäftigten Beamten mehr Kosten entstehen werden; ein ganz hervorragender Beamter habe die Reichsbankerei verlassen, weil man ihm zu einem anderen Beamten gegenüber habe. — Staatssekretär Kräfte sagt Entgegenkommen zu.

Es folgt der Etat der Reichsbankerei. — Abg. Schumberger (nat.) berichtet sich über die Verhältnisse im Reichsgebiet. — Abg. Gersdorff (kon.) geht auf die Verhältnisse der Arbeiter und Beamten ein. Eine Forderung sei es wohl, daß es sich nicht um politische Tagesarbeiten handelt, sondern um die Reichsbankerei. Die Arbeiter sind im Reichsgebiet sehr zahlreich, sie sind in ein Heilath zu geben. Die Forderung der Arbeiter, daß einrichtend werden, können beschleunigt eine Verbesserung der Verhältnisse I. Klasse, der Stationenverhältnisse II. Klasse und der Telegraphen, die Reichsbankverwaltung müsse ein Wohlthun sein. Die Forderung der Reichsbankerei ist nicht ein Wohlthun, sondern ein Schaden zum Wohle der Arbeiter. (Beifall.) — Staatssekretär v. Stengel: Ich bin dem Vorredner sehr dankbar für sein Interesse für die Arbeiter und Beamten der Reichsbankerei, ich selbst lasse mich nicht überziehen in der Rede. Die Arbeiterverhältnisse haben sich sehr gut bewährt, sie werden für den Mannschaftenhöhen auch einfließen. Die Verhältnisse sind sehr wohlwollend gegenüber. (Beifall.) Ich werde in der Lage sein, die Stationenverhältnisse II. Klasse werden nächstes Jahr eine Verbesserung erhalten. Die Sonntagsruhe fördern wir schon. Ich will bereit, je zwei Sonntage im Monat frei zu geben. (Beifall.) — Abg. Riff (Opp., Berg.) stimmt dem Antrag des Zentrum zu. Dann bringt er eine Reihe von Specialinteressen vor. — Abg. Blumenhal ist auch für Annahme des Zentrumsantrages und bezieht das Entschuldigungsverfahren bei Eisenbahnstellen — Minister v. Stöcker. Die zweite Klasse werden wir weiter verbessern. Die früheren Erfahrungen sind durchaus günstig. — Abg. Gerlach (Opp. Berg.) und Redner (kon.) sprechen sich gegen die zweite Klasse aus. — Abgeordneter (kon.) tritt mit, daß in seinem Wahlkreis ihm der Wunsch unterbreitet worden sei, daß die zweite Klasse eine Fahrt werde.

Die Resolution Erbsberger, betr. Sonntagsruhe und Urlaub für Arbeiter, wird einstimmig angenommen. Der Rest des Etats wird ohne Debatte angenommen. — Hierauf befragt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr.

Politische Mundstücken.

Dresden, den 25. Februar 1905.

Die Budgetkommission des Reichstages befaßt sich mit dem Etat des Reichsinvalidenfonds. Graf Triola (nat. lib.) führte Beschwerde über die verschiedene Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend Gewährung der Veteranenbeihilfe. Erzberger (Zentr.) schloß sich dem an und wünschte Auskunft darüber, ob die verbündeten Regierungen sich bereits über einheitliche Grundätze geeinigt haben; sei das der Fall, so bitte er, die dem Reichstage mitzutheilen. Direktor Zweig sagte letzteres zu, sobald sie festgestellt seien. Die Redner der anderen Fraktionen schlossen sich dem an. Staatssekretär Freiherr von Stengel schloß mit, daß vom Januar ab die Mittel ausgeben, um „anerkannte Veteranen“ unterstützen zu können. Nach seinem Vorschlage sei